

**Zeitschrift:** Wissen und Leben  
**Herausgeber:** Neue Helvetische Gesellschaft  
**Band:** 26 (1923-1924)  
**Heft:** 17

**Artikel:** Gedanken zur italienischen Krise  
**Autor:** Bretscher, W.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-748448>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 30.11.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

erfüllen. Pflicht der Heimat ist es, sie durch materielle und geistige Förderung in den Stand zu setzen, würdige Vertreter eines wahren, innerlichen Schweizertums zu sein. Die Schicksalsgemeinschaft, die geistige Einheit müssen zu beidseitigem Frommen durch die praktische Tat eindringlich bekräftigt werden. In diesem Sinne möge der 1. August 1924 ein ernster Mahntag sein.

FRITZ HUNZIKER



## GEDANKEN ZUR ITALIENISCHEN KRISE

Die Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Matteotti durch einige fascistische Söldlinge, die im Dienste höchst zweifelhafter Interessen den unbequemen Oppositionellen mit zynischer Roheit „beseitigten“, hat in Italien schwere politische Erschütterungen hervorgerufen. Von den Wogen der Empörung über das feige Verbrechen umbrandet, zittert das Gebäude der fascistischen Macht; und der Skandal, den die stupiden Meuchler oder ihre Auftraggeber hatten verhindern wollen, indem sie den beredten Mund des Anklägers zum Verstummen brachten, ist zu Riesengröße angeschwollen. Die Opposition, gestern noch eine quantité négligeable für den Fascismus, tritt heute dem Diktator mit Forderungen, die sie früher kaum auszusprechen oder anzudeuten gewagt hätte, gegenüber und fühlt sich, auf die öffentliche Meinung gestützt, berechtigt, nicht nur den Mördern Matteottis, sondern dem ganzen fascistischen Regime den Prozess zu machen. Ein Szenenwechsel, der sogar diejenigen in Erstaunen versetzt, die recht wohl die Wandlungsfähigkeit der politischen Bühne Italiens kennen! War das italienische Volk in den letzten Jahren nicht an die Exzesse der Parteileidenschaft gewöhnt worden? Roter Terror und fascistische Reaktion hatten unzählige Opfer gefordert — beziffern doch allein die Fascisten die Zahl ihrer im Guerillakrieg gegen den Sozialismus Gefallenen auf dreitausend —, und auch nach dem Aufstieg des Fascismus zur Macht trieb der Illegalismus weiter seine hässlichen Blüten. Warum also die ungeheure Erregung ob dem Fall Matteotti?

Die Antwort lautet: weil das italienische Volk in diesem Mord nicht einen Akt der Parteileidenschaft, sondern das Walten eines verbrecherischen Systems sah und mit Schauern die Spuren einer neuen Camorra entdeckte, die ungestraft jede Gewalttat begehen zu dürfen glaubte. Vorkommnisse wie die Verwüstung der Villa Nittis, die Überfälle auf oppositionelle Parlamentarier oder dissidente Fascisten erschienen nach den aufseherregenden Enthüllungen über die „Bande des Palazzo Viminale“ plötzlich in einem ganz neuen Lichte, nicht als vereinzelt Übergriffe fascistischer Hitzköpfe, sondern als Glieder einer Kette planmäßiger Terrorakte, und weitesten Kreisen kam die erschreckende Rechtsunsicherheit, in der die Nation lebte, erst jetzt völlig zu Bewusstsein. Doch ebenso schwer wie die Erkenntnis der Bedrohung durch das Unwesen der „fascistischen Tscheka“ wog für das italienische Volk das Gefühl der verletzten nationalen Ehre und Würde. Bis in die fascistischen Reihen hinein griff die Bewegung, die strengste Sühne der Untat verlangte; es war ein Abgeordneter der neuen Kammermehrheit, der Kriegsinvalid Del Croix, der, die blinden Augen gegen die Ministerbank gewandt, die feierliche Mahnung an Mussolini richtete, das scharfe Beil aus dem Liktorenbündel herauszuziehen und die Unwürdigen damit zu treffen. Und in dem Augenblick, da jene Worte gesprochen wurden, schien es, als könne der edlen Wallung der italienischen Seele vielleicht die Frucht einer Annäherung aller gutgesinnten Elemente der Opposition und des Fascismus zum gemeinsamen Werke der Wiederherstellung gesunder Rechtsverhältnisse entsprossen. Trügerische Hoffnung! Was sich begab, war die Wiederholung einer unrühmlichen Episode aus der Geschichte der römischen Republik: der Auszug der Opposition auf den „heiligen Berg“, und der fascistische Extremismus reckte, gereizt, um so herausfordernder das Haupt, mit dem Schwure, jeden Aufstand der „Umstürzler“ blutig niederzuschlagen.

Aber die Opposition denkt, von den Kommunisten abgesehen, gar nicht daran, dem bis an die Zähne bewaffneten Fascismus Straßenschlachten zu liefern. Das ist die Seltsamkeit der heutigen Lage: der Fascismus mit allen materiellen

Machtmitteln steht sozusagen hilflos einer Volksbewegung gegenüber, die keinen Finger rührt, um ihn mit Gewalt zu stürzen, und ihm doch den Boden unter den Füßen fortzieht, indem sie einfach dem bestehenden Regime das Vertrauen verweigert und es diesem überlässt, die Frage zu lösen, wie es im leeren Raum, ohne geistigen Kontakt mit der Nation, auf die Dauer regieren soll. Es liegt etwas Tragisches in dieser moralischen Isolierung einer Partei, die sich um den Staat das Verdienst erworben hat, ihn vom Abgrund des bolschewistischen Chaos zurückgerissen und dem Lande die Möglichkeit zu aufbauender Arbeit wiedergegeben zu haben. Man fragt sich, ob denn auch Mussolinis Autorität so geschwächt ist, dass er an der Lösung der schweren Krise verzweifeln muss. Hat er den Moment nach der Ermordung Matteottis versäumt, in dem er, getragen von der Sympathie des Volkes für seine kraftvolle Persönlichkeit, unter Abrücken von den Extremisten die Rolle des Friedensbringers hätte übernehmen können, statt sich von den zu Zehntausenden versammelten Schwarzhemden blutrünstige Ergebenheitstelegramme senden zu lassen? Da wäre freilich einzuwenden, dass die Opposition gleich den Kampf ums Ganze aufzunehmen begann und Mussolini bald nur noch die Wahl des „Soumettre ou démettre“ ließ. In der Presse ist die Kampagne der Opposition zum Teil in ein wütendes Kesseltreiben gegen das fascistische Regime ausgeartet. Bedenkt man, dass dieses Regime durch die Energie, mit der es beispielsweise in der Staatsverwaltung dem Parasitentum früherer Zeiten ein Ende machte, und durch manche andere notwendige Maßnahmen sich viele Feinde erweckt hat, so darf man den Schmähungen, mit denen es heute überschüttet wird, nicht lauter ideale Motive unterlegen. Auch die Berufspolitiker aller Schattierungen, die von den sich jagenden Ministerkrisen der vorfascistischen Aera lebten, haben Gründe zur Feindschaft gegen den Fascismus, die mehr persönlicher, als sachlicher Natur sind. Fast möchte man die Frage aufwerfen, ob das italienische Volk mit seinem unbändigen, fast anarchischen Freiheitsdrang überhaupt keine starke Regierung lange erträgt? Der witzige Spruch „Piove, governo ladro!“, der auf die nationale Eigentümlichkeit hinweist, für alles und jedes die Regierung

verantwortlich zu machen, ist schon vor mehr als fünfzig Jahren in Italien geprägt worden ...

Trotzdem wird man die Presse-Edikte der fascistischen Regierung nicht billigen können; denn begreiflicherwise geben diese Maßnahmen der Opposition erneuten Anlass, an dem Willen der herrschenden Partei zur „Normalisierung“ des öffentlichen Lebens, wie das politische Schlagwort heißt, zu zweifeln. Mussolini, der 1919, als die Zensur seinen *Popolo d'Italia* verstümmelte, auf die weißen Stellen drucken ließ „Imbiancato per ordine di quel porco di Nitti“, und die Regierung Nittis „Governo vile“ nannte, wird jetzt von den Gegnern nicht zu Unrecht Inkonsequenz vorgeworfen. Die Einschränkung der Pressefreiheit hat bis jetzt nur *ein* wesentliches Resultat gezeitigt, das der Fascismus nicht auf seine Aktivseite buchen kann: die ernstliche Verstimmung der rechtsstehenden Liberalen, deren Philofascismus dieser Belastungsprobe offensichtlich nicht gewachsen ist. Die zögernde Art, wie die Presse-Edikte angewendet werden, lässt den Schluss zu, dass Mussolini die Untauglichkeit dieses Instruments zur Bekämpfung der Opposition erkennt. Denn die Sprache der oppositionellen Blätter ist seit dem Erlass des Pressereglements eher noch heftiger geworden, und jede Verschärfung des fascistischen Druckes wird unweigerlich das gleiche Ergebnis haben. Ob bis zur Wiedereröffnung der Kammer im November eine Entspannung der zugespitzten Lage eintreten wird, wagt niemand zu prophezeien. Nach kaum zweijähriger Machtausübung sieht sich der Fascismus vom italienischen Volke durch eine tiefe Kluft getrennt, deren Ausfüllung einzig durch die Rückkehr des Fascismus zur Gesetzlichkeit und durch seinen Verzicht auf alle politischen Privilegien erfolgreich versucht werden kann. Sein Verhängnis würde er besiegeln durch Festhalten an dem Irrtum seines Führers, der dem Fascismus eine selbständige Funktion als unumschränkter Leiter des Staates zuwies, während er nach Benedetto Croces klugem Ausspruch „nur eine Brücke zur Wiederherstellung eines strengern liberalen Regiments im Rahmen eines stärkern Staates“ sein konnte und sollte.

Was man Italien — möge der Kampf zwischen Fascismus

und Opposition ausgehen wie er wolle — jedenfalls nicht wünschen darf, ist die Rückkehr zu den Formen des korrupten Parlamentarismus, den kürzlich Brenno Bertoni (in einer Abhandlung im *Dovere*) treffend gekennzeichnet hat, mit seiner „Folge ephemerer, schwacher, richtungsloser Regierungen“, die von der fascistischen Diktatur abgelöst wurden in dem Augenblick, da das Land der Auflösung zu verfallen drohte. Es macht einen peinlichen Eindruck, gegenwärtig im Lager der Opposition wieder die Leute am Werk zu sehen, die, auf den Sturz des Fascismus spekulierend, bereits ihre famosen Koalitionsprogramme zusammenkleistern, um für eine heterogene Parteiengruppierung die gemeinsame Plattform zur Ausübung einer grundsatzlosen Regierungstätigkeit zu schaffen. Für *diese* Spielart der Demokratie, die von der Demagogie nicht mehr zu unterscheiden ist, brauchen wir Schweizer uns nicht zu begeistern, und *ihr* können wir nicht den Sieg wünschen.

ZÜRICH, Mitte Juli

W. BRETSCHER



## FRANZÖSISCHE UND ENGLISCHE RHEINLAND- POLITIK

[Schluss <sup>1</sup>]

Den englischen Staatsmännern entging von Anfang an das Gewicht des wahren Sachverhalts nicht. Als die revolutionäre Regierung Russlands die Geheimverträge zwischen den Mächten der Entente, unter andern den Notenwechsel zwischen Russland und Frankreich vom Februar 1917, aus den Archiven ausgrub und, zum Teil auch in englischen Zeitungen, veröffentlichten ließ, erklärte Balfour, der augenscheinlich über die Absichten der französischen Politiker nur ungenau orientiert war, am 19. Dezember 1917 im Hause der Gemeinen: « ... wir haben es nie gewünscht, haben auch nie den Gedanken ermutigt, dass ein Stück Deutschlands links des Rheines von dem Mutterstaate abgeschnitten und in irgendeine Form eines unabhängigen Staatswesens verwandelt werde. Ihrer Majestät

<sup>1</sup>) Im ersten Teil blieb S. 987 ein sinnstörender Druckfehler stehen. Es sollte Zeile 18 von oben *Bürgerkönig* heißen statt Bürgerkrieg.